



Freiberger Zeitung

Neues Industriegebiet stößt auf Vorbehalt

Die Freiberger Wirtschaft ist auf Wachstumskurs. Die Stadt will dafür neue Gewerbeflächen schaffen. Sie hat aber offenbar noch ein paar Leichen im Keller.

VON STEFFEN JANKOWSKI

FREIBERG - Rund 6 Hektar groß ist das "Gewerbe- und Industriegebiet Frauensteiner Straße II", das am Freiberger Stadtausgang in Richtung "Rosine" ausgewiesen werden soll. Das Vorhaben, das der Stadtrat im April auf den Weg gebracht hat, ist beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) jedoch auf entschiedenen Protest gestoßen. "Einem Schuldner gibt man nicht ewig Kredit", erklärt BUND-Landesgeschäftsführer Wolfgang Riether.

Der Vereinschef spielt dabei auf Sünden aus der Vergangenheit an, die den sogenannten Eingriffsausgleich betreffen. Dieser ist gesetzlich vorgeschrieben und besagt grob vereinfacht, dass für Baumaßnahmen in der Landschaft im Gegenzug ein Stück Natur hergerichtet oder aufgewertet werden muss.

"Einem Schuldner gibt man nicht ewig Kredit."

Wolfgang Riether Landesgeschäftsführer des BUND in Sachsen

Genau diesen Eingriffsausgleich aber habe die Stadt Freiberg in den letzten 20 Jahren bei mehreren Gewerbe- und Industrieflächen vernachlässigt, erklärt Riether. So seien beispielsweise keine Ausgleichsflächen für die Standorte Freiberg-Süd, Freiberg-Nordwest, Brauerei und Rotvorwerk erkennbar. Da die Stadt nach eigenem Bekunden pro Jahr mehr als 30 Millionen Euro Gewerbesteuern einnehme, müsse sie erst einmal ihre alten Schulden bei der Natur begleichen. Zumal selbst die für das neue Gebiet Frauensteiner Straße II geplanten Ausgleichsmaßnahmen nach Ansicht des Naturschutzexperten unzureichend sind.

Die Stadt werde den noch offenen Eingriffsausgleich vornehmen, räumt Baubürgermeister Holger Reuter auf Nachfrage mögliche Außenstände ein. "Dies wollen wir auf der Grundlage ordnungsgemäß erarbeiteter Unterlagen tun. Daran arbeiten wir", betont der CDU-Politiker. Pauschal aufgestellte Behauptungen seien aber wenig hilfreich, um einen Sachverhalt aufzuklären, bittet Reuter um konkrete Fakten: "Es dürfte auch dem BUND bekannt sein, dass wir intensiv an der Aufarbeitung der Sünden der Vergangenheit arbeiten." So sei ein großer Rechercheaufwand zu leisten gewesen, um die dafür notwendigen Unterlagen bereitzustellen. Dazu komme, "dass damals handelnde Personen nicht mehr in der Stadtverwaltung beschäftigt sind" und umfangreiche Abstimmungen mit den verantwortlichen Behörden ihre Zeit brauchen, erklärt Reuter.

Völlig neu sind die Vorwürfe in Sachen Eingriffsausgleich nicht. So hatte Tobias Mehnert, der Vorsitzende des Naturschutzverbands Sachsen, bereits im Oktober vorigen Jahres moniert, die Stadt Freiberg habe diesbezüglich noch Schulden. Nach heftigen Dementis seitens der Stadtverwaltung sowie verbaler Schelte von der SPD-Stadtratsfraktion habe er um ein Gespräch im Rathaus gebeten, erinnert sich der Gahlenzer. Dabei habe er erfahren wollen, wo konkret welche Ausgleichsmaßnahmen erfolgt sind. Bislang sei er jedoch immer wieder getröstet worden, bedauert Mehnert.

Bildtext:

Wo jetzt noch Gras und Bäume wachsen, könnten nach den Vorstellungen der Stadtverwaltung bald Produktionshallen stehen. Das geplante Gewerbe- und Industriegebiet Frauensteiner Straße II würde aber den Boden versiegeln und damit seine Wasseraufnahmefähigkeit herabsetzen. Eine solche Verschlechterung muss laut Gesetz kompensiert werden. Mit dem sogenannten Eingriffsausgleich hat die Stadt Freiberg offenbar Probleme. - Foto: Eckardt Mildner

Neues Industriegebiet stößt auf Vorbehalt

Die Freiburger Wirtschaft ist auf Wachstumskurs. Die Stadt will dafür neue Gewerbeflächen schaffen. Sie hat aber offenbar noch ein paar Leichen im Keller.

VON STEFFEN JANKOWSKI

FREIBERG – Rund 6 Hektar groß ist das „Gewerbe- und Industriegebiet Frauensteiner Straße II“, das am Freiburger Stadtausgang in Richtung „Rosine“ ausgewiesen werden soll. Das Vorhaben, das der Stadtrat im April auf den Weg gebracht hat, ist beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) jedoch auf entschiedenen Protest gestoßen. „Einem Schuldner gibt man nicht ewig Kredit“, erklärt BUND-Landesgeschäftsführer Wolfgang Riether.

Der Vereinschef spielt dabei auf Sünden aus der Vergangenheit an, die den sogenannten Eingriffsausgleich betreffen. Dieser ist gesetzlich vorgeschrieben und besagt grob vereinfacht, dass für Baumaßnahmen in der Landschaft im Gegenzug ein Stück Natur hergerichtet oder aufgewertet werden muss.

„Einem Schuldner gibt man nicht ewig Kredit.“

Wolfgang Riether Landesgeschäftsführer des BUND in Sachsen

Genau diesen Eingriffsausgleich aber habe die Stadt Freiburg in den letzten 20 Jahren bei mehreren Gewerbe- und Industrieblächen ver-



Wo jetzt noch Gras und Bäume wachsen, könnten nach den Vorstellungen der Stadtverwaltung bald Produktionshallen stehen. Das geplante Gewerbe- und Industriegebiet Frauensteiner Straße II würde aber den Boden versiegeln und damit seine Wasseraufnahmefähigkeit herabsetzen. Eine solche Verschlechterung muss laut Gesetz kompensiert werden. Mit dem sogenannten Eingriffsausgleich hat die Stadt Freiburg offenbar Probleme.

FOTO: ECKARDT MILDNER

nachlässigt, erklärt Riether. So seien beispielsweise keine Ausgleichsflächen für die Standorte Freiberg-Süd, Freiberg-Nordwest, Brauerei und Rotvorwerk erkennbar. Da die Stadt nach eigenem Bekunden pro Jahr mehr als 30 Millionen Euro Gewerbesteuer einnehme, müsse sie erst einmal ihre alten Schulden bei der Natur begleichen. Zumal selbst die für das neue Gebiet Frauensteiner Straße II geplanten Ausgleichsmaßnahmen nach Ansicht des Naturschutzexperten unzureichend sind.

Die Stadt werde den noch offenen Eingriffsausgleich vornehmen, räumt Baubürgermeister Holger Reuter auf Nachfrage mögliche Außenstände ein. „Dies wollen wir auf der Grundlage ordnungsgemäß erarbeiteter Unterlagen tun. Daran arbeiten wir“, betont der CDU-Politiker. Pauschal aufgestellte Behauptungen seien aber wenig hilfreich, um einen Sachverhalt aufzuklären, bittet Reuter um konkrete Fakten: „Es dürfte auch dem BUND bekannt sein, dass wir intensiv an der Auf-

beitung der Sünden der Vergangenheit arbeiten.“ So sei ein großer Rechercheaufwand zu leisten gewesen, um die dafür notwendigen Unterlagen bereitzustellen. Dazu komme, „dass damals handelnde Personen nicht mehr in der Stadtverwaltung beschäftigt sind“ und umfangreiche Abstimmungen mit den verantwortlichen Behörden ihre Zeit brauchen, erklärt Reuter.

Völlig neu sind die Vorwürfe in Sachen Eingriffsausgleich nicht. So hatte Tobias Mehnert, der Vorsitzen-

de des Naturschutzverbands Sachsen, bereits im Oktober vorigen Jahres moniert, die Stadt Freiburg habe diesbezüglich noch Schulden. Nach heftigen Dementis seitens der Stadtverwaltung sowie verbaler Schelte von der SPD-Stadtratsfraktion habe er um ein Gespräch im Rathaus gebeten, erinnert sich der Gahlenzer. Dabei habe er erfahren wollen, wo konkret welche Ausgleichsmaßnahmen erfolgt sind. Bislang sei er jedoch immer wieder vertröstet worden, bedauert Mehnert.

Publikation
Lokalausgabe
Erscheinungstag
Seite

Freie Presse
Freiburger Zeitung
Mittwoch, den 15. Juni 2011
9

→ Impressum → Kontakt